



ÖBB: Klagen gegen Dienstrecht

WIEN (SN, APA). Seit 1. Mai 2004 gilt das neue ÖBB-Dienstrecht, nun wollen rund 100 Mitarbeiter gerichtlich dagegen vorgehen. Wie der Sprecher der Grünen Eisenbahner (GUG), Anton Hedenig, am Donnerstag vor Journalisten erklärte, wolle er den Dienstvertrag, den er 1981 unterschrieben hatte, wieder bekommen. Er sieht in der im Zuge der ÖBB-Reform zwischen Management und Belegschaftsvertretern ausverhandelten neuen Dienstregelung eine „Enteignung“ seiner Rechte und hat gestern beim Arbeits- und Sozialgericht in Eisenstadt seine Klage eingebracht. Dass Hedenig auf Rechtssicherheit – einen gültigen Arbeitsvertrag vom Eintritt bis zum Ruhestand – pocht, sieht er nicht als Privileg. Schließlich hätten die Mitarbeiter viele Zugeständnisse gemacht.

Mit dem neuen Dienstrecht wurden alte Sonderrechte abgeschafft, in Summe wollen die ÖBB mittelfristig 100 Mill. Euro einsparen. Dem Ergebnis waren 42 Verhandlungsrunden vorangegangen. Die Regierung drohte, das neue Dienstrecht mittels Gesetz zu regeln, woraufhin die Gewerkschaft der Eisenbahner mit Streikdrohungen antwortete. Der dann erzielte Kompromiss wurde von Staatssekretär Helmut Kukacka (ÖVP) nur unter der Bedingung akzeptiert, dass es zu keiner Klageflut kommt. Genau das könnte jetzt aber eintreten.